



Bericht über das Geschäftsjahr 2017
(01. Januar bis 31. Dezember 2017)

Breite Straße 147-151 · 50667 Köln
Handelsregister Köln · HRB 3412

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Kennzahlen	1
Aufsichtsrat.....	2
Vorstand	3
Lagebericht	4
Jahresabschluss	
- Bilanz	11
- Gewinn- und Verlustrechnung	12
- Anhang	13
Sonstige Angaben	28
Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	30
Übersichten Unfallentschädigungen	35
Bericht des Aufsichtsrats.....	37

KENNZAHLEN

	<u>2017</u>	<u>2016</u>	<u>2015</u>	<u>2014</u>	<u>2013</u>
Umlage in T€ (inklusive Versicherungssteuer)	9.929	10.146	9.464	8.269	8.964
Veränderung gegenüber Vorjahr in %:	- 2,1	+ 7,2	+ 14,5	- 7,8	- 16,2
„Bruttobeiträge“ in T€ (Umlage ohne Versicherungssteuer)	8.356	8.529	7.982	6.994	7.562
Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung einschl. Schaden- regulierungsaufwendungen in T€					
- Entschädigungszahlungen	5.568	5.889	5.450	4.630	5.258
- Veränderung der Rückstellungen	<u>- 1.286</u>	<u>+ 9.607</u>	<u>+ 1.049</u>	<u>+ 1.657</u>	<u>+ 1.075</u>
- insgesamt	4.282	15.496	6.499	6.287	6.333
Anzahl der Neuschäden:					
- Bahnbetrieb	442	497	512	499	486
- Kraftfahrbetrieb	<u>684</u>	<u>636</u>	<u>611</u>	<u>640</u>	<u>591</u>
- insgesamt	1.126	1.133	1.123	1.139	1.077
Verwaltungsaufwendungen in T€	1.537	1.497	1.240	1.055	1.021
Versicherungstechnische Rück- stellungen für eigene Rechnung in T€	33.556	34.851	25.234	23.982	22.528
Kapitalanlagen in T€	2.117	2.935	2.936	2.928	2.283
Anzahl der im Durchschnitt beschäftigten Arbeitnehmer/innen:	7	7	7	7	7

AUFSICHTSRAT

Mitglieder des Aufsichtsrats

Joachim B e r e n d s, Bad Bentheim Vorstand und Geschäftsführer von Verkehrsunternehmen	– Vorsitzender –
Dr.-Ing. Marcel F r a n k, Zeven Geschäftsführer eines Verkehrsunternehmens	– 24.05.2017 bis 31.12.2017 –
Dipl.-Ing. Michael H e c h t, Blankenhain Geschäftsführer von Verkehrsunternehmen	– Stv. Vorsitzender ab 26.10.2017 –
Dipl.-Kfm. Wolfgang K l o p p e n b u r g, Worpsswede Vorstand und Geschäftsführer von Verkehrsunternehmen	– bis 31.12.2017 –
Johannes M ü l l e r, Schwanau-Ottenheim Vorstand von Verkehrsunternehmen	
Dipl.-Volkswirt Andreas O r t z, Hamburg Geschäftsführer von Verkehrsunternehmen	– bis 24.05.2017 –
Dr. Alexander P i s c h o n, Heidelberg Geschäftsführer eines Verkehrsunternehmens	
Dipl.-Bw. Karl-Heinz S c h ü t z, Overath Geschäftsführer eines Verkehrsunternehmens	– Stv. Vorsitzender bis 24.05.2017 –
Dipl.-Ing. Jürgen W e r n e r, Georgsmarienhütte Geschäftsführer eines Verkehrsunternehmens	– ab 24.05.2017 –
Dipl.-Ing. Udo W i n k e n s, Wassenberg Geschäftsführer eines Verkehrsunternehmens	– ab 24.05.2017 –
Harald W r e d e, Bremen Geschäftsführer eines Verkehrsunternehmens	

VORSTAND

Mitglieder des Vorstands

- Dipl.-Ing. Veit S a l z m a n n, MBA, Siegen – **Vorsitzender** –
Vorstand und Geschäftsführer von Verkehrsunternehmen
- Dr.-Ing. Carsten H e i n, Vechelde – **Stv. Vorsitzender** –
Betriebsleiter von Verkehrsunternehmen
- Ass. jur. Marc-Oliver H e r g e s, Köln – **Hauptamtlicher Vorstand** –
ab 01.12.2017
- Dipl.-Ing. Peter H u b e r, Garmisch-Partenkirchen
Vorstand und Geschäftsführer von Verkehrsunternehmen
- RA Mechthild K u h n, Köln – Hauptamtlicher Vorstand –
bis 30.11.2017
- Dipl.-Ing. Uwe L e o n h a r d t, Pfaffenhain
Geschäftsführer eines Verkehrsunternehmens
- Ass. jur. Matthias W a g e n e r, Wernigerode
Geschäftsführer eines Verkehrsunternehmens

LAGEBERICHT

Grundlagen des Versicherungsvereins

▪ **Geschäftsmodell**

Der Versicherungsverband Deutscher Eisenbahnen VVaG betreibt die Bahnbetriebsversicherung und die Kraftfahrtversicherung und stellt ausschließlich seinen Mitgliedsunternehmen im Rahmen der Satzung entsprechenden Versicherungsschutz zur Verfügung. Die Versicherungssparten und der Versicherungsschutz sind auf die Geschäftszwecke der Mitgliedsunternehmen (Bahn-, Bus- und Schienengüterverkehrsbetriebe) ausgerichtet und abschließend in der Satzung des VVDE geregelt. Die beiden betriebenen Versicherungssparten lassen sich in folgende Teilsparten untergliedern:

Bahnbetriebsversicherung

- Bahnbetriebs-Haftpflicht
 - Schieneninfrastrukturunternehmer-Haftpflicht
 - Berg- und Seilbahnbetreiber-Haftpflicht
 - Schienenfahrzeug-Kasko (Triebfahrzeuge und Waggons)
 - Bahnbetriebs-Sacheigenschadenversicherung (Bahnanlagen, Betriebsmittel, Gebäude)
-
- Berg- und Seilbahn-Kasko
 - Berg- und Seilbahnbetreiber-Sacheigenschadenversicherung (Bahnanlagen, Betriebsmittel, Gebäude)

Kraftfahrtversicherung

- Kraftfahrthaftpflichtversicherung
- Kraftfahrzeugvollversicherung
- Kraftfahrbetriebs-Sacheigenschadenversicherung (Betriebsmittel, Gebäude)

Durch den VVDE nicht betrieben werden

- Versicherungsgeschäfte mit Nichtmitgliedern oder Privatpersonen
- die aktive Rückversicherung

Zur Rückdeckung von Großschadenrisiken besteht für beide Versicherungssparten ein umfangreiches Rückversicherungskonzept.

Das Geschäftsgebiet des VVDE erstreckt sich auf die Bundesrepublik Deutschland. Hier haben aktuell sämtliche Mitgliedsunternehmen des VVDE ihren Firmensitz.

Die Geschäftstätigkeit des VVDE erfolgt ausschließlich über die Hauptverwaltung in Köln. Weitere Standorte bestehen nicht.

▪ **Mitglieder und Versicherungsbestände**

Per 31.12.2017 gehören dem VVDE 85 Mitgliedsunternehmen / Versicherungsnehmer an, welche jeweils in folgenden Versicherungszweigen Versicherungsschutz erhalten:

- 42 Unternehmen: Bahnbetriebs- und Kraftfahrbetriebsversicherung
- 27 Unternehmen: ausschließlich Bahnbetriebsversicherung
- 16 Unternehmen: ausschließlich Kraftfahrbetriebsversicherung.

Bei allen Mitgliedschafts- / Versicherungsverhältnissen erstreckt sich der verbandliche Versicherungsschutz satzungsgemäß stets auf das gesamte zur Versicherung angemeldete Unternehmen, womit sowohl alle verkehrsbetrieblichen Betätigungen des Mitglieds wie auch alle vom Mitglied dafür eingesetzten Betriebsmittel in die Haftpflicht- und in die Sacheigenschaden-Deckung eingeschlossen sind. Die verbandliche Haftpflicht- und Sacheigenschaden-Deckung wird allen Mitgliedern satzungsgemäß jeweils als „Deckungseinheit pro Schadenereignis“ gewährt.

▪ Kammer- und Vereinszugehörigkeiten

Der VVDE ist Mitglied

- der „Industrie- und Handelskammer“ (IHK) mit Sitz in Köln
- im „Pensions-Sicherungs-Verein“ (PSVaG) mit Sitz in Köln
- im „Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e.V.“ (VDV) mit Sitz in Köln
- im „Verband der Versicherungsvereine a.G. e.V.“ mit Sitz in Kiel

Wirtschaftsbericht

▪ Geschäftsverlauf

1. Umlage

Die Umlage für das Geschäftsjahr (Kalenderjahr) einschließlich Versicherungsteuer beträgt

€ 9.929.450,91

Gegenüber dem Vorjahr mit € 10.146.205,45 ist sie um 2,1 % gesunken.

Die Entwicklung der Umlage in den letzten 5 Jahren ist aus den Kennzahlen auf Seite 1 des Berichts ersichtlich.

2. Überblick über die Entwicklung der Schadenereignisse (Stückzahlen)

Die **Unfallstückzahl** bzw. die Gesamtzahl der im Geschäftsjahr in beiden Versicherungszweigen angemeldeten Unfälle ist gesunken von im Vorjahr 1.133 auf 1.126 Stück im Geschäftsjahr (7 Stück weniger).

In der **Bahnbetriebsversicherung** verminderte sich die Unfallstückzahl von 497 im Vorjahr auf 442 im Geschäftsjahr (55 Stück weniger).

In der **Krafftfahrtversicherung** stieg die Unfallstückzahl von 636 im Vorjahr auf 684 im Geschäftsjahr (48 Stück mehr).

Unter den Neuschäden des Geschäftsjahres befindet sich **ein Großschaden** (Schadenereignisse mit einem Deckungsaufwand von mindestens € 300.000,-), welcher den Zweig Bahnbetriebsversicherung betrifft:

Eisenbahnschaden der AKN Eisenbahn AG, Kaltenkirchen, am 19.07.2017 (E-005-17-0184-2)

Unbemerkte Metallaufschweißung auf den Radreifen eines AKN-Triebfahrzeugs mit Infrastrukturbeschädigung bei anschließender Weiterfahrt.

Eigenschaden: rd. € 1.000.000,-
Haftpflichtschaden: (entfällt)

▪ Lage

1. Ertragslage

1.1 Entwicklung der gezahlten Unfallentschädigungen

Insgesamt betragen die an Mitgliedsunternehmen für unfallbedingte Haftpflicht- und Sacheigenschäden ausgezahlten Entschädigungen € 5.405.653,-. Davon entfielen auf die Bahnbetriebsversicherung € 2.780.176,-, auf die Krafftahrbetriebsversicherung € 2.625.477,-. Gegenüber dem Vorjahr ist die Entschädigungssumme um € 2.237.370,- bzw. 29,3 % gesunken.

In der **Bahnbetriebsversicherung** wurden für Sacheigenschäden € 2.007.713,- und für Haftpflichtschäden € 772.463,- gezahlt, also insgesamt € 2.780.176,-. Im Vergleich zum Vorjahr mit Entschädigungszahlungen von insgesamt € 5.801.047,- ergibt sich eine Verminderung um € 3.020.871,- bzw. um 52,1 %. Ursache der im Geschäftsjahr festgestellten Verminderung ist im Wesentlichen die im Vorjahresbetrag enthaltene Entschädigungsleistung i.H.v. insgesamt € 2.267.003,- an das VVDE-Mitglied erixx GmbH für deren Großschadenfall aus dem Jahr 2015. Unter Berücksichtigung der Rückversicherungsleistungen i.H.v. € 190.916,- ist der Aufwand des Verbands für Bahnbetriebsschäden auf € 2.589.260,- gesunken.

In der **Krafftahrtversicherung** wurden für Sacheigenschäden € 843.343,- und für Haftpflichtschäden € 1.782.134,- gezahlt, also insgesamt € 2.625.477,-. Im Vergleich zum Vorjahr mit Entschädigungszahlungen von insgesamt € 1.841.976,- ergibt sich eine Erhöhung um € 783.501,- bzw. um 42,5 %. Die Steigerung korreliert mit der im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr von 322 auf 423 gestiegenen Anzahl eingereicherter Liquidationen. Unter Berücksichtigung der Rückversicherungsleistungen i.H.v. € 339.473,- ist der Aufwand des Verbands für Krafftahrtbetriebsschäden auf € 2.286.004,- gestiegen.

Die **Zuordnung** der in beiden Versicherungszweigen im Geschäftsjahr ausgezahlten Entschädigungen zu den jeweiligen Schadenanfalljahren ergibt sich aus den Übersichten auf den Seiten 35 und 36 dieses Berichts.

1.2 Entwicklung der versicherungstechnischen Rückstellungen - brutto -

Der Gesamtbetrag der versicherungstechnischen Rückstellungen ist um 5,7 % gesunken von € 44.086.083,30 im Vorjahr auf € 41.584.536,30 im Geschäftsjahr.

1.3 Entwicklung der Verwaltungsaufwendungen

Die Verwaltungsaufwendungen (im Wesentlichen Aufwendungen für Versicherungsbetrieb und Schadenregulierung) haben sich gegenüber dem Vorjahr mit € 1.496.799,26 um 2,7 % auf € 1.537.338,55 erhöht.

Der Anteil der Verwaltungsaufwendungen am Geschäftsjahres-Umlagebetrag 2017 beträgt 15,5 % (Vorjahr 14,8 %).

2. Finanzlage

Das Eigenkapital des VVDE besteht im Wesentlichen aus den Mitteln seiner so genannten „Verlustrücklage“ i.H.v. derzeit € 2,78 Mio. (vgl. § 13 Abs. 2 VVDE-Satzung i.V.m. § 193 VAG bzw. § 37 VAG a.F.).

Die erforderliche Liquidität war im Geschäftsjahr beim Verband jederzeit vorhanden.

3. Vermögenslage

Das Vermögen des VVDE besteht im Wesentlichen aus den Umlageforderungen an seine Mitglieder, bei denen es sich satzungsgemäß ausschließlich um Verkehrsunternehmen (Bahn- und Busbetriebe des Öffentlichen Personen Nahverkehrs (ÖPNV) bzw. des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) sowie regionale Schienengüterverkehrsbetriebe) in zumeist öffentlicher Trägerschaft handelt. Die Gesamtheit der im Verband versicherten Risiken wird derzeit zu rd. 96 % von rein öffentlich oder überwiegend öffentlich finanzierten Unternehmen getragen.

Kapitalanlagen, welche beim VVDE aufgrund seines „voll kostendeckenden Umlageverfahrens“ von untergeordneter Bedeutung sind, werden allein wegen der für alle Versicherer ausnahmslos geltenden gesetzlichen Solvabilitätsanforderungen auch vom VVDE vorgehalten. Dabei wird vom VVDE der Anlagensicherheit stets prinzipieller Vorrang vor der Anlagenrentabilität eingeräumt.

▪ Finanzielle und Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Unter finanziellen Leistungsindikatoren werden insbesondere Kennzahlen verstanden, die Aufschluss über wesentliche finanzielle Entwicklungen geben. Hier sind neben Bilanz-, Ertrags- und Liquiditätskennzahlen auch wertorientierte Kennzahlen, wie beispielsweise Verwaltungskostenquote und Kapitalanlageergebnis zu nennen.

Das Geschäftsmodell des VVDE basiert auf einem Versicherungs- und Umlagemodell welches nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet ist. Vor diesem Hintergrund erfolgt keine klassische Steuerung nach finanziellen Leistungsindikatoren. Ein großer Einflussfaktor für einen nachhaltigen Erfolg des VVDE bildet aber eine gesunde Mitgliederstruktur der im VVDE organisierten Verkehrsbetriebe. Vor diesem Hintergrund erfolgt bei einer Neuaufnahme von Mitgliedsbewerbern eine sorgfältige Auswahl durch den Gesamtvorstand des VVDE, wobei dabei stets ein besonderes Augenmerk auf ein stabiles Anlagekapital und eine wirtschaftlich gute Bonität des Mitgliedsbewerbers gelegt wird.

Das Geschäftsmodell des VVDE wird auch von nichtfinanziellen Einflussfaktoren bestimmt.

Insbesondere kommt den geschäftlichen Beziehungen des VVDE zu seinen Mitgliedsunternehmen und der damit verbundenen Unternehmenskommunikation ein hoher Stellenwert zu. Dieser Aspekt ist nach Überzeugung des Vorstands ein wichtiger Baustein einer zukunftsweisenden Positionierung im Wettbewerb. Eine gute Transparenz in der Unternehmenskommunikation ist ein wesentlicher Bestandteil eines soliden Corporate-Governance Systems.

Nur in enger Abstimmung mit den Mitgliedsunternehmen kann der Versicherungsschutz passgenau auf die Belange der Mitgliedsunternehmen ausgerichtet werden. So können Versicherungslösungen entwickelt werden, die auch künftig in besonderem Maße den Anforderungen der Mitgliedsunternehmen und Umwelanforderungen gerecht werden. Somit wird durch das Produkt- und Serviceangebot der Kundennutzen nachhaltig gesteigert. Um hier auch möglichst nah am Verkehrsmarkt zu agieren ist der VVDE bereits langjährig Mitglied im Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV), in dem rund 600 Unternehmen des Öffentlichen Personenverkehrs und des Schienengüterverkehrs in Deutschland organisiert sind.

▪ Gesamtaussage zur wirtschaftlichen Lage

Der Geschäftsjahres-Umlagebetrag hat sich im Vergleich zum Vorjahr – hauptsächlich als Folge der gesunkenen Netto-Entschädigungsleistungen des VVDE – um rd. € 0,2 Mio. auf rd. € 9,9 Mio. vermindert. Die Verminderung der versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen um rd. € 1,3

Mio. auf rd. € 33,6 Mio. € ist hauptsächlich Folge des günstigeren Schadenverlaufs im Geschäftsjahr.

Chancen und Risikobericht

Seit dem Gründungsjahr 1904 ist der VVDE in der Rechtsform des Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit (VVaG) aktiv. Er positioniert sich als Spezialversicherer für Bahn- und Busbetriebe des Personennahverkehrs auf Schiene und Straße (SPNV/ ÖPNV) sowie für Güterbahnen (SGV), Betreiber von Bahninfrastrukturen und Güterkraftverkehrsbetriebe (GKV). Sein Geschäftsmodell beruht auf der Urform des Versicherungsunternehmens, dem Gegenseitigkeitsprinzip, welches beim VVDE stark ausgeprägt ist.

An dem Gegenseitigkeitsprinzip hat sich seit der Gründung nichts geändert, auch heute noch sind die Versicherungsnehmer gleichzeitig Mitglieder und Träger des VVaG. Der starke Gemeinschaftsgedanke der im VVDE organisierten Bahn-, Bus- und regionalen Güterverkehrsbetriebe ermöglicht durch ein nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtetes Versicherungsmodell die Bereitstellung von preisgünstigen Leistungen und preisgünstigem Versicherungsschutz.

Der VVDE baut dabei auf ein Umlageverfahren, in dem die Entschädigungsleistungen, Rückversicherungsprämien, Versicherungssteuer und Verwaltungskosten für den Versicherungsbetrieb per Umlageschlüssel vollständig auf die Mitgliedsunternehmen verteilt werden. In gleicher Weise verfährt der VVDE beim „künftigen Aufwand“, also bei den „versicherungstechnischen Rückstellungen“ für die am Bilanzstichtag noch offenen Schadenfälle. Dieser Aufwand wird den Mitgliedsunternehmen satzungsgemäß alljährlich ebenfalls über Umlageschlüssel zur Bilanzierung in ihren Unternehmensbilanzen aufgegeben. Die Satzung sieht im Hinblick auf die Umlageverpflichtungen darüber hinaus eine unbegrenzte Nachschussverpflichtung der im VVDE organisierten Mitgliedsunternehmen und eine Ausfallhaftung der Mitgliedsunternehmen untereinander vor. Im Falle von ausgeschiedenen Mitgliedsunternehmen sieht die Satzung umfangreiche Nachhaftungsverpflichtungen vor. Die Nachhaftungsverpflichtungen können zudem besichert werden (bsw. durch Bürgschaften). Hierdurch besteht neben der Ausfallhaftung der Mitgliedsunternehmen nebeneinander eine weitere Möglichkeit ein etwaiges Ausfallrisiko zu minimieren.

Der Mitglieder- und Versichertenbestand setzt sich in der Versicherungssparte Bahnbetriebsversicherung aus Eisenbahn-Verkehrsunternehmen (EVU) des Personen- oder Gütertransports, Eisenbahn-Infrastrukturunternehmen (EIU), Straßenbahnunternehmen, Zweisystem-Bahnunternehmen, Berg- und Seilbahnunternehmen zusammen.

In der Versicherungssparte Kraftfahrt besteht der Mitglieder- und Versichertenbestand aus Omnibus- und Güterkraftverkehrsbetrieben die entweder als - rechtlich oder organisatorisch selbständige - Nebenbetriebe eines Bahnbetriebsmitglieds betrieben werden oder an denen die öffentliche Hand mindestens zu 50% beteiligt ist.

Zum 31.12.2017 sind insgesamt 85 Mitgliedsunternehmen im VVDE organisiert. Nach wie vor befindet sich der überwiegende Anteil der im VVDE organisierten Mitgliedsunternehmen in öffentlicher Hand. Die Gesamtheit der Versicherungsrisiken des VVDE wird zu rd. 96% von öffentlich oder überwiegend öffentlich finanzierten Mitgliedsunternehmen getragen.

Einen zentralen Aspekt der Solvenzsituation des VVDE bildet der umfangreiche Rückversicherungsschutz. Ein speziell auf die Risiken des VVDE zugeschnittenes Konzept aus dem Bereich der nicht-proportionalen Rückversicherung ermöglicht eine effiziente Risikominderung. Es besteht in der Eisenbahnbetriebsversicherung aus einer Kombination verschiedener XL-Rückversicherungsverträge (Schadenexzedentenrückversicherungsverträge) und in der Kraftfahrtversicherung aus einer Kombination aus XL-Rückversicherungsverträgen und einem Stop-Loss-Rückversicherungsvertrag (Jahresüberschadenrückversicherungsvertrag zur Begrenzung des Prioritätsrisikos). Für Busbetriebe des ÖPNV besteht das besondere Risiko, dass durch ein Feuerereignis in einem Busdepot eine Vielzahl von dort abgestellten Fahrzeugen

gleichzeitig betroffen sein können und so zu einem entsprechenden Großschaden beim VVDE führen können. Dieses besondere Risiko ist erkannt und im Rückversicherungskonzept für die Kraftfahrtversicherung ebenfalls explizit berücksichtigt und besonders abgesichert worden.

Die Rückversicherung wird hinsichtlich ihrer Wirkung regelmäßig durch den Vorstand überprüft und bei Bedarf angepasst. Dabei wird stets auf sehr gute Ratings und eine sehr gute Bonität der Rückversicherer geachtet. Das umfangreiche Rückversicherungskonzept des VVDE wird von insgesamt fünf Rückversicherungsunternehmen getragen, die alle den Bonitätsstufen „credit quality step 1 und 2“ (d.h. mindestens „A“) zuzuordnen sind.

Der VVDE hat seine konservative und risikoarme Kapitalanlagestrategie auch in 2017 fortgesetzt. Bei den bestehenden Kapitalanlagen wird der Anlagensicherheit höchste Priorität beigemessen. Kapitalanlagen erfolgen ausschließlich in festverzinslichen Wertpapieren bzw. als Festgeld. Hierdurch sind Währungs-, Zins-, Kurs- und Bonitätsrisiken aus der Kapitalanlageaktivität des VVDE weitestgehend ausgeschlossen. Insgesamt sind Kapitalanlageaktivitäten beim VVDE von untergeordneter Bedeutung, da die mit den versicherungstechnischen Rückstellungen korrespondierenden Aktiva im Wesentlichen als Forderungen an Versicherungsnehmer ausgewiesen werden.

Das bisherige Geschäftsmodell des VVDE weist zwar Parallelen zu einem kommunalen Schadenausgleichverband auf, gleichwohl unterliegt der VVDE in der Rechtsform des Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit der regulären Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Für den VVDE mit seinem vergleichsweise geringen Mitarbeiterbestand stellte die Solvency II-konforme Ausgestaltung des Unternehmens und die Durchführung notwendiger Modifikationen des Geschäftsmodells auch im Geschäftsjahr 2017 eine große Herausforderung dar. Sie wird aber auch im Geschäftsjahr 2018 weiter vorangetrieben, die Anstrengungen werden durch weitere externe Projektunterstützung verstärkt.

Das Governance-System des VVDE beinhaltet neben den vier eingerichteten Schlüsselfunktionen: der unabhängigen Risikocontrollingfunktion, der Compliance Funktion, der Funktion der internen Revision und der versicherungsmathematischen Funktion noch den externen Datenschutzbeauftragten und stellt damit eine angemessene und unabhängige Kontrolle beim VVDE sicher. Die Angemessenheit des Governance-Systems wurde durch die interne Revision überprüft; hierbei berücksichtigt der Gesamtvorstand insbesondere die Erkenntnisse, die die dem Vorstandsvorsitzenden unmittelbar unterstellte Interne Revision bei der von ihr durchgeführten Überprüfung des Governance-Systems gewonnen hat.

Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle werden durch vorsichtige Bewertung bereits gemeldeter Schäden und durch zusätzliche Rückstellungen für statistisch zu erwartende, aber am Bilanzstichtag noch unbekannte Schäden bemessen. Die in 2017 erfolgte besondere Prüfung der Rückstellungen durch die Interne Revision hat zu keinerlei Beanstandungen geführt, so dass dem Reserverisiko vor diesem Hintergrund angemessen Rechnung getragen wird.

Die Berichtslage im Rahmen des ORSA Prozesses weist eine sehr gute Bedeckung des Risikokapitals aus.

In der Gesamtbetrachtung zeichnet sich aktuell keine Entwicklung ab, welche zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage führt und damit den Fortbestand des VVDE gefährden könnte.

Prognosebericht

Der Mitglieder- und Versichertenbestand des VVDE setzt sich aus Eisenbahn-Verkehrsunternehmen (EVU) des Personen- oder Gütertransports, Eisenbahn-Infrastrukturunternehmen (EIU), Straßenbahnunternehmen, Zweisystem-Bahnunternehmen, Berg- und Seilbahnunternehmen und Omnibus- und Güterkraftverkehrsbetrieben zusammen. Die Omnibus- und Güterkraftverkehrsbetriebe werden dabei entweder als - rechtlich oder organisatorisch selbständige - Nebenbetriebe eines Bahnbetriebsmitglieds betrieben oder die öffentliche Hand ist mindestens zu 50% beteiligt. Die Gesamtheit der Versicherungsrisiken des VVDE wird zu rd. 96% von öffentlich oder überwiegend öffentlich finanzierten Mitgliedsunternehmen getragen. Versicherungsgeschäft mit Nichtmitgliedern wird satzungsgemäß nicht betrieben.

Betrachtet man diese homogene Mitgliederstruktur im Zusammenhang

- mit dem VVDE-Umlageverfahren, in dem Entschädigungsleistungen, Rückversicherungsprämien, Versicherungssteuer und Verwaltungskosten für den Versicherungsbetrieb per Umlageschlüssel vollständig auf die Mitgliedsunternehmen verteilt werden
- mit der in der Satzung verankerten unbegrenzten Nachschussverpflichtung im Hinblick auf die Umlageverpflichtungen
- mit der satzungsgemäßen Ausfallhaftung der Mitgliedsunternehmen untereinander
- sowie mit der Besicherungsmöglichkeit von Nachhaftungsumlagen ausgeschiedener Mitglieder
- dem bestehenden, umfangreichen Rückversicherungskonzept
- der sorgfältigen Auswahl von Neumitgliedern durch den Gesamtvorstand

so ist hierdurch auch für 2018 kein Risiko erkennbar, welches den Fortbestand des VVDE gefährden könnte.

In Folge des anhaltend niedrigen Zinsniveaus und der sehr konservativen Kapitalanlagepolitik des VVDE (ausschließlich Anlage in festverzinslichen Wertpapieren und Festgeld) ist beim Kapitalanlageergebnis in 2018 wie im Vorjahr nur mit minimalen Zinserträgen zu rechnen.

Bei der Verwaltungskostenquote rechnen wir im Hinblick auf anstehende Investitionen im Bereich IT, weitere Projektkosten im Zusammenhang mit Solvency II und einer geplanten Personalmehrung im Fachbereich Finanzen mit einem Anstieg um voraussichtlich 0,5% bezogen auf den Geschäftsjahres-Umlagebetrag 2017 (vgl. Ziffer 1.3 des Lageberichts).

Die dargestellten Erwartungen sind mit Ungewissheiten verbunden. Deshalb können die tatsächlichen Ergebnisse und Entwicklungen von diesen abweichen.

Bilanz zum 31. Dezember 2017

(mit Vergleichszahlen des Vorjahres)

AKTIVSEITE

	€	€	€
		31.12.2017	31.12.2016
A. Immaterielle Vermögensgegenstände			
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		16.505,80	17.627,53
B. Kapitalanlagen			
Sonstige Kapitalanlagen			
1. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.117.006,00		2.935.136,00
2. Sonstige Ausleihungen:			
Namensschuldverschreibungen	0,00		0,00
3. Einlagen bei Kreditinstituten	<u>0,00</u>	2.117.006,00	<u>0,00</u>
C. Forderungen			
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer	43.967.032,90		45.485.944,03
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft	26.717,00		55.429,00
III. Sonstige Forderungen	<u>40.131,76</u>	44.033.881,66	<u>265.856,47</u>
D. Sonstige Vermögensgegenstände			
I. Sachanlagen und Vorräte	10.434,31		20.425,65
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand	1.636.660,37		1.072.889,06
III. Andere Vermögensgegenstände	<u>420.838,67</u>	2.067.933,35	<u>403.617,00</u>
E. Rechnungsabgrenzungsposten			
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten	20.200,68		40.619,51
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	<u>83,30</u>	20.283,98	<u>1.001,91</u>
		<u>48.255.610,79</u>	<u>50.298.546,16</u>

PASSIVSEITE

	€	€	€	€
			31.12.2017	31.12.2016
A. Eigenkapital				
I. Kapitalrücklage		2.400,00		0,00
II. Verlustrücklage gem. § 193 VAG		2.780.000,00		2.780.000,00
III. Bilanzgewinn		0,00	2.782.400,00	0,00
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	0,00			0,00
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00	0,00		0,00
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	41.499.028,00			43.991.396,00
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	8.028.297,00	33.470.731,00		9.235.067,00
III. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	85.508,30			94.687,30
2. davon ab:				
Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00	85.508,30	33.556.239,30	0,00
C. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		703.932,00		675.866,00
II. Sonstige Rückstellungen		164.950,00	868.882,00	171.344,00
D. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Ver- sicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern		10.760.700,00		11.524.300,00
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		0,00		1.452,00
III. Sonstige Verbindlichkeiten davon:				
aus Steuern: 11.616,62 € (Vorjahr: 157,91 €)				
im Rahmen der sozialen Sicherheit: 0,- € (Vorjahr: 0,- €)		15.558,46	10.776.258,46	7.166,58
E. Rechnungsabgrenzungsposten			213.023,45	225.365,84
F. Passive latente Steuern			58.807,58	62.035,44
			48.255.610,79	50.298.546,16

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten B. II. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung von § 341f und § 341g HGB sowie der auf Grund des § 88 Abs. 3 VAG erlassenen Rechtsverordnung berechnet worden ist.

Verantwortlicher Aktuar

(Dr. Dietmar Kohlruss)

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2017

(mit Vergleichszahlen des Vorjahres)

	€	€	2017 €	2016 €
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	8.356.110,10			8.528.922,37
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	<u>2.049.297,98</u>	6.306.812,12		<u>2.046.924,00</u>
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	0,00			0,00
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	6.306.812,12	0,00
2. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			442.641,00	9.616.650,00
3. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	6.098.316,00			8.348.285,00
bb) Anteil der Rückversicherer	<u>530.389,00</u>	5.567.927,00		<u>2.458.775,00</u>
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	-2.492.368,00			9.431.422,00
bb) Anteil der Rückversicherer	<u>-1.206.770,00</u>	<u>-1.285.598,00</u>	4.282.329,00	<u>-175.321,00</u>
4. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb		267.226,40		268.987,77
b) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		<u>0,00</u>	267.226,40	0,00
5. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			<u>1.728.239,00</u>	<u>9.907,00</u>
6. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			471.658,72	323.500,60
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen		47.131,17		70.036,31
b) Erträge aus Zuschreibungen		9.230,00		2.195,00
c) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		<u>0,00</u>	56.361,17	0,00
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		1.175,83		1.694,40
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		16.640,00		33.070,00
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		<u>10.720,00</u>	28.535,83	<u>4.920,00</u>
3. Sonstige Erträge		202.832,06		268.767,29
4. Sonstige Aufwendungen		<u>705.543,98</u>	<u>-502.711,92</u>	<u>609.295,06</u>
5. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			-3.227,86	15.519,74
6. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			<u>-3.227,86</u>	<u>15.519,74</u>
7. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag			0,00	0,00
8. Entnahmen aus der Kapitalrücklage			0,00	0,00
9. Bilanzgewinn			<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

ANHANG

Bilanzierungs- und Bewertungs- und Ermittlungsmethoden

Soweit hinsichtlich der Bilanzierung Wahlrechte bestehen, wurde wie folgt verfahren:

- Vom dem Wahlrecht zum Ansatz aktiver latenter Steuern aufgrund sich ergebender Steuerentlastungen nach § 274 Abs. 1 S. 2 HGB wird kein Gebrauch gemacht.
- Noch nicht in Anspruch genommene Abfindungszahlungen ausgeschiedener Mitglieder wurden unter dem Rechnungsabgrenzungsposten passiviert.
- Die laufenden Pensionsverpflichtungen aufgrund einer vor dem 01.01.1987 erteilten Versorgungszusage wurden zurückgestellt (§ 249 Abs. 1 Satz 1 HGB i.V.m. Artikel 28 Abs. 1 EGHGB).
- Rückstellungen für Pensionen werden nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt.

Die immateriellen Vermögensgegenstände sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung wurden mit den um planmäßige Abschreibungen geminderten Anschaffungskosten bewertet. Ab dem Jahr 2010 erworbene Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Netto-Anschaffungskosten i.H.v. bis zu € 410,- wurden im Jahr der Anschaffung in voller Höhe abgeschrieben.

Die Bewertung der Inhaberschuldverschreibungen und anderer festverzinslicher Wertpapiere erfolgte zu Anschaffungskosten, vermindert um Abschreibungen gem. § 341b Abs. 2 i.V.m. § 253 Abs. 4 HGB nach dem strengen Niederstwertprinzip. Zuschreibungen wurden gem. § 253 Abs. 5 HGB vorgenommen.

Forderungen wurden mit dem Nennbetrag, Verbindlichkeiten mit dem Erfüllungsbetrag bewertet.

Bei der Ermittlung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle wurde wie folgt verfahren:

- Die Schadenrückstellung für bekannte Schäden wurde für jeden Schaden gesondert ermittelt.
- Die Schadenrückstellung für unbekannte Spätschäden wurde aus dem Verhältnis der in den letzten fünf Vorjahren nach der Bilanzaufstellung gemeldeten Schäden zu den zur Zeit der Bilanzaufstellung bekannten Schäden und aus dem durchschnittlichen Schadenaufwand des gleichen Zeitraumes ermittelt.
- Anteile von Rückversicherern an den Schadenrückstellungen wurden pro Schadenfall individuell ermittelt.
- Die Rückstellung für Schadenregulierungsaufwendungen wurde nach dem Erlass des FM NRW vom 22. Februar 1973 berechnet.
- Die Renten-Deckungsrückstellung wurde pro Schadenfall jeweils gesondert berechnet nach der prospektiven Methode unter expliziter Berücksichtigung der zukünftigen Kosten. Die Berechnung erfolgte auf der Basis der Sterbetafel DAV 2006 HUR Männer bzw. Frauen mit einem Rechnungszins von 0,0 %.

Die sonstigen versicherungstechnischen Rückstellungen wurden mit dem voraussichtlichen Rückzahlungsbetrag bilanziert.

Die Berechnung der Pensionsrückstellungen erfolgte nach dem international üblichen Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method) in Verbindung mit § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB auf der Grundlage der Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck. Neben gegenwärtigen wurden auch künftige Entwicklungen und Trends berücksichtigt. Die Abzinsung erfolgte mit dem von der Deutschen Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsV) veröffentlichten durchschnittlichen Zinssatz der letzten zehn Jahre bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB. Es wurden nachstehende versicherungsmathematische Parameter für die Ermittlung der Verpflichtung verwendet:

– Finanzierungsendalter:	65. Lebensjahr
– Diskontierungszinssatz:	3,68 % p.a.
– Gehaltdynamik:	2,00 % p.a.
– Rententrend der Gesamtverpflichtung:	2,00 % p.a.
– Rententrend der auf die Bruttorente anzurechnenden Leistungen:	1,00 % p.a.

Der für die gem. § 253 Abs. 6 HGB vorgeschriebene Vergleichsberechnung benötigte durchschnittliche Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre wird entsprechend der oben beschriebenen Verfahrensweise berechnet und beträgt 2,8 %. Der einer Ausschüttungssperre unterliegende Unterschiedsbetrag beträgt €77.295,-. Aufgrund des satzungsgemäß kostendeckenden und bedarfsabhängigen VVDE-Umlageverfahrens entstehen weder Gewinne noch Verluste. Etwaige Gewinnausschüttungen können dementsprechend nicht vorgenommen werden.

Die zur Pensionsrückstellung korrespondierende Rückdeckungsversicherung wurde gem. § 246 Abs. 2 Satz 1 HGB mit dem durch die Heubeck AG, Köln, berechneten Zeitwert aktiviert.

Die Sonstigen Rückstellungen bemessen sich nach dem voraussichtlichen Bedarf in Höhe des nach kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages. Aufgrund der Restlaufzeiten unter einem Jahr war eine Abzinsung entsprechend § 253 Abs. 2 HGB nicht erforderlich.

Soweit zwischen handels- und steuerrechtlichen Wertansätzen Differenzen auftreten, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen, werden darauf Steuern mit den unternehmensindividuellen Sätzen ermittelt. Berücksichtigt werden hierbei auch solche Differenzen, deren Umkehrzeitpunkt noch nicht exakt feststeht oder von einer Disposition des Unternehmens abhängig ist. Steuerliche Verlustvorträge – soweit vorhanden – werden bei einem Passivüberhang an latenten Steuern insoweit berücksichtigt, als ihr Ausgleich in den folgenden fünf Geschäftsjahren voraussichtlich erfolgen wird. Ergibt sich aus der Ermittlung insgesamt eine künftige Steuerbelastung, so wird diese als passive latente Steuer zu Lasten des Steueraufwandes angesetzt.

Entwicklung der Aktivposten A und B im Geschäftsjahr 2017 (Muster 1 gem. § 51 Abs. 2 RechVersV)

	Bilanzwerte Vorjahr €	Zugänge €	Abgänge €	Zuschrei- bungen €	Abschrei- bungen €	Bilanzwerte Geschäftsjahr €
A. Immaterielle Vermögensgegenstände						
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	17.627,53	7.420,95	0,00	0,00	8.542,68	16.505,80
Summe A	17.627,53	7.420,95	0,00	0,00	8.542,68	16.505,80
B. 1. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.935.136,00	0,00	810.720,00	9.230,00	16.640,00	2.117.006,00
2. Sonstige Ausleihungen						
Namensschuldverschreibungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Einlagen bei Kreditinstituten	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe B	2.935.136,00	0,00	810.720,00	9.230,00	16.640,00	2.117.006,00
Insgesamt	2.952.763,53	7.420,95	810.720,00	9.230,00	25.182,68	2.133.511,80

Angaben zu einzelnen Posten der Bilanz

Aktiva

A. Immaterielle Vermögensgegenstände

€ 16.505,80 (Vj.: € 17.627,53)

Der Posten beinhaltet Restbuchwerte erworbener Softwareprogramme. Den Zugängen für die jährlich zu erneuernden Nutzungslizenzen der Programme zur aufsichtsrechtlich vorgeschriebenen elektronischen Übermittlung von Quartals- und Jahresdaten an die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht stehen Abschreibungen in etwa gleicher Höhe gegenüber. Die Programme werden grundsätzlich über vier Jahre abgeschrieben.

B. Kapitalanlagen

€ 2.117.006,- (Vj.: € 2.935.136,-)

Sonstige Kapitalanlagen

€ 2.117.006,- (Vj.: € 2.935.136,-)

Die Kapitalanlagen beinhalten im Wesentlichen die zugeflossenen Mittel in der Verlustrücklage sowie noch nicht verbrauchte Abfindungszahlungen ausgeschiedener Mitglieder.

Der Zeitwert der zu Anschaffungskosten bilanzierten Kapitalanlagen beträgt zum 31.12.2017 € 2.119.846,-. Die Zeitwerte entsprechen den jeweiligen Börsenjahresabschlusskursen. Der Zeitwert der Kapitalanlagen insgesamt beträgt € 2.119.846,-.

C. Forderungen

€ 44.037.109,52 (Vj.: € 45.807.229,50)

I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer

€ 43.967.032,90 (Vj.: € 45.485.944,03)

Der Posten setzt sich im Wesentlichen aus der Umlageforderung des Geschäftsjahres und den Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle zusammen.

Die Umlageforderung (Umlage) des Geschäftsjahres beinhaltet:

	Bilanzwerte Geschäftsjahr €	Bilanzwerte Vorjahr €
bereits abgerechnete, aber noch nicht umgelegte Schadensersatzleistungen (ohne Schadenregulierungsaufwendungen)	5.405.653,00	7.643.023,00
erhaltene Schadenzahlungen der Rückversicherer	-530.389,00	-2.458.775,00
gezahlte Rückversicherungsprämien	2.049.297,98	2.046.924,00
Verwaltungsaufwendungen (einschließlich Schadenregulierungsaufwendungen)	1.537.338,55	1.496.799,26
übrige umlagewirksame Aufwendungen und Erträge	-111.642,77	-199.048,89
Versicherungsteuer	1.579.193,15	1.617.283,08
Summe	<u>9.929.450,91</u>	<u>10.146.205,45</u>

Der Gesamtposten C.I. (im Wesentlichen Umlageforderung des Geschäftsjahres und Umlageforderung i.H.d. versicherungstechnischen Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle) setzt sich folgendermaßen zusammen:

	Bilanzwerte Geschäftsjahr €	Bilanzwerte Vorjahr €
Umlageforderung des Geschäftsjahres	9.929.450,91	10.146.205,45
bereits verrechnete Umlageanteile ausgeschiedener Mitglieder	-38.714,89	-16.906,16
Umlageforderung für versicherungstechnische Netto-Rückstellungen	33.556.239,30	34.851.016,30
Beitragsüberträge	0,00	0,00
Umlageforderung für Pensionsrückstellung	703.932,00	675.866,00
Rückdeckungsversicherung betreffend die Pensionsrückstellung	-407.632,00	-403.617,00
Sonstige Umlageforderungen	223.757,58	233.379,44
Summe	<u>43.967.032,90</u>	<u>45.485.944,03</u>

II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft

€ 26.717,- (Vj.: € 55.429,-)

Der Posten beinhaltet die den Rückversicherern für das Jahr 2017 in Rechnung gestellten Anteile an den verbandlichen Entschädigungszahlungen.

III. Sonstige Forderungen

€ 40.131,76 (Vj.: € 265.856,47)

Wesentliche Bestandteil der sonstigen Forderungen sind Erstattungsansprüche an das Finanzamt wegen Kapitalertragsteuer.

D. Sonstige Vermögensgegenstände

€ 2.067.933,35 (Vj.: € 1.496.931,71)

I. Sachanlagen und Vorräte

€ 10.434,31 (Vj.: € 20.425,65)

Entwicklung des Postens:

	Bilanzwerte Vorjahr €	Zugänge €	Abgänge €	Abschrei- bungen €	Bilanzwerte Geschäftsjahr €
Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	20.425,65	7.183,68	7.687,78	9.487,24	10.434,31

Die Zugänge betreffen hauptsächlich Ersatzbeschaffungen von EDV-Hardware sowie eine Anzahlung für notwendige neue Büromöbel i.H.v. € 4.748,55. Die Abgänge resultieren i.W. aus dem Verkauf eines Dienstwagens des ehemaligen hauptamtlichen Vorstandsmitglieds.

II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand

€ 1.636.660,37 (Vj.: € 1.072.889,06)

Die Guthaben wurden im Januar 2018 vornehmlich für Entschädigungszahlungen und Rückversicherungsprämien verwendet.

III. Andere Vermögensgegenstände

€ 420.838,67 (Vj.: € 403.617,-)

Dieser Posten beinhaltet die zur Pensionsrückstellung korrespondierende Rückdeckungsversicherung bei der Pensionskasse Deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen VVaG, Köln i.H.v. € 407.632,- (vgl. Passiv-Posten C.I.) sowie erstmals eine Mietkautionsbürgschaft. Grund der Postensteigerung ist der im Geschäftsjahr vorgenommene Austausch der hinsichtlich der Büroräume des Verbands bankseitig bestehenden Mietkautionsbürgschaft i.H.v. € 13.206,67 in eine dementsprechende Barkautionsleistung an den Vermieter in selber Höhe.

E. Rechnungsabgrenzungsposten

€ 20.283,98 (Vj.: € 41.621,42)

I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten

€ 20.200,68 (Vj.: € 40.619,51)

Bei dieser Position handelt es sich um noch nicht fällige Zinsansprüche aus den Kapitalanlagen.

II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten

€ 83,30 (Vj.: € 1.001,91)

Der Posten beinhaltet für das Jahr 2018 im Voraus gezahlte Gebühren für die vorgeschriebene Unterhaltung der Rechtsträger-Kennung bzw. des sogenannten „Legal Entity Identifier (LEI)“.

Passiva

A. Eigenkapital

€ 2.782.400,- (Vj.: € 2.780.000,-)

I. Kapitalrücklage

€ 2.400,- (Vj.: € 0,-)

Entwicklung des Postens:

	Bilanzwert Vorjahr €	Zuführung €	Entnahme €	Bilanzwert Geschäftsjahr €
Kapitalrücklage	0,00	2.400,00	0,00	2.400,00

Ursache der Zuführung sind Einzahlungen neuer Verbandsmitglieder gem. § 13 Abs. 2 der VVDE-Satzung.

II. Verlustrücklage gem. § 193 VAG (§ 37 VAG, a.F.)

€ 2.780.000,- (Vj.: € 2.780.000,-)

Entwicklung des Postens:

	Bilanzwert Vorjahr €	Zuführung €	Entnahme €	Bilanzwert Geschäftsjahr €
Verlustrücklage	2.780.000,00	0,00	0,00	2.780.000,00

III. Bilanzgewinn

€ 0,- (Vj.: € 0,-)

B. Versicherungstechnische Rückstellungen -brutto-

€ 41.584.536,30 (Vj.: € 44.086.083,30)

I. Beitragsüberträge

€ 0,- (Vj.: € 0,-)

1. Bruttobetrag

€ 0,- (Vj.: € 0,-)

2. Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft

€ 0,- (Vj.: € 0,-)

II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle

1. Bruttobetrag

€ 41.499.028,- (Vj.: € 43.991.396,-)

Zusammensetzung des Postens:

	Bilanzwerte Geschäftsjahr €	Bilanzwerte Vorjahr €
Eisenbahn-Haftpflicht	13.954.412,00	14.766.518,00
Eisenbahn-Eigenschaden	<u>13.550.872,00</u>	<u>13.360.753,00</u>
Eisenbahn gesamt	<u>27.505.284,00</u>	<u>28.127.271,00</u>
Kraftfahrt-Haftpflicht	12.787.141,00	14.511.246,00
Kraftfahrt-Eigenschaden	<u>1.206.603,00</u>	<u>1.352.879,00</u>
Kraftfahrt gesamt	<u>13.993.744,00</u>	<u>15.864.125,00</u>
Insgesamt	<u>41.499.028,00</u>	<u>43.991.396,00</u>

Die Rückstellungsverminderung in der Sparte Eisenbahn-Haftpflicht ist hauptsächlich Folge von Abwicklungsgewinnen i.H.v. insgesamt € 785.000,- aus sechs Vorjahresversicherungsfällen der Jahre 2015 und 2016.

In der Sparte Kraftfahrt-Haftpflicht trugen im Wesentlichen die Verminderungen der Renten-Deckungsrückstellungen um insgesamt rd. € 1,2 Mio. zum Rückgang bei. Insbesondere ein günstiger Prozessvergleich in einem Personenschaden aus dem Jahr 1994 reduzierte die Rückstellungen um rd. € 0,73 Mio. Außerdem fiel die Rückstellung für Versicherungsfälle des Geschäftsjahres im Jahr 2017 im Vergleich zum Vorjahr um rd. € 0,6 Mio. niedriger aus.

2. Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft

€ 8.028.297,- (Vj.: € 9.235.067,-)

Zusammensetzung des Postens:

	Bilanzwerte Geschäftsjahr €	Bilanzwerte Vorjahr €
Eisenbahn-Haftpflicht	1.537.389,00	1.631.130,00
Eisenbahn-Eigenschaden	<u>656.360,00</u>	<u>899.703,00</u>
Eisenbahn gesamt	<u>2.193.749,00</u>	<u>2.530.833,00</u>
Kraftfahrt-Haftpflicht	5.834.548,00	6.704.234,00
Kraftfahrt-Eigenschaden	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>
Kraftfahrt gesamt	<u>5.834.548,00</u>	<u>6.704.234,00</u>
Insgesamt	<u>8.028.297,00</u>	<u>9.235.067,00</u>

In der Sparte Kraftfahrt-Haftpflicht waren im Wesentlichen die jeweiligen Rückversichereranteile für einen 1994er und einen 1996er Schadenfall zu annähernd gleichen Teilen an der Verminderung der Renten-Deckungsrückstellungen i.H.v. € 0,8 Mio. für den Rückgang ursächlich.

III. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen
Bruttobetrag (= Nettobetrag)
€ 85.508,30 (Vj.: € 94.687,30)

Dieser Posten beinhaltet die vom VVDE an die Rückversicherer vertragsgemäß rückzahlbaren Prämien-Boni sowie anteilig nachzuzahlende Wiederauffüllungsprämien wegen verbandsseitig erfolgter Inanspruchnahmen von Leistungen aus dem Haftpflichtschadenexzedenten-Rückversicherungsvertrag. Die Verminderung ist Folge gesunkener Anteile der Rückversicherer an den Rückstellungen für offene Versicherungsfälle.

C. Andere Rückstellungen

€ 868.882,- (Vj.: € 847.210,-)

I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen
€ 703.932,- (Vj.: € 675.866,-)

Dieser Posten beinhaltet die zu erwartenden Verpflichtungen aus den Versorgungszusagen gegenüber der Witwe eines im Jahr 2014 verstorbenen ehemaligen hauptamtlichen Vorstandsmitglieds sowie dem im November 2017 ausgeschiedenen ehemaligen hauptamtlichen Vorstandsmitglied. Die Erhöhung ist u.a. Folge der aufgrund Artikel 7 des sogenannten „Gesetzes zur Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie und zur Änderung handelsrechtlicher Vorschriften“ vom 11.03.2016 geänderten Berechnungsparameter. Die für das im November 2017 ausgeschiedene hauptamtliche Vorstandsmitglied bestehende Rückdeckungsversicherung ist aktiviert (vgl. Aktiv-Posten D.III.).

II. Sonstige Rückstellungen
€ 164.950,- (Vj.: € 171.344,-)

Der Posten enthält im Wesentlichen die voraussichtlichen Kosten der Prüfung des Jahresabschlusses und der Solvenzübersicht durch den Wirtschaftsprüfer sowie Kosten aus Anlass der auf externe Dienstleister ausgegliederten zwei Schlüsselfunktionen „Interne Revision“ (§ 30 VAG) und „Versicherungsmathematische Funktion“ (§ 31 VAG).

D. Andere Verbindlichkeiten

€ 10.776.258,46 (Vj.: € 11.532.918,58)

Die jeweiligen Restlaufzeiten der einzelnen Verbindlichkeiten sind kürzer als ein Jahr.

I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern
€ 10.760.700,- (Vj.: € 11.524.300,-)

Hier sind die von den Mitgliedern geleisteten Umlagevorschüsse erfasst. Ursache der Verminderung war geringerer Umlagevorschussbedarf infolge im Vergleich zum Vorjahr niedrigerer Entschädigungszahlungen nach Abzug der Rückversichereranteile.

II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft
€ 0,- (Vj.: € 1.452,-)

III. Sonstige Verbindlichkeiten
€ 15.558,46 (Vj.: € 7.166,58)

Zusammensetzung des Postens:

	Bilanzwerte Geschäftsjahr €	Bilanzwerte Vorjahr €
Steuerverbindlichkeiten	11.616,62	157,91
übrige Verbindlichkeiten	3.941,84	7.008,67
Summe	15.558,46	7.166,58

Die Steuerverbindlichkeiten betreffen die Versicherung- und Umsatzsteuer.

E. Rechnungsabgrenzungsposten

€ 213.023,45 (Vj.: € 225.365,84)

Unter diesem Posten sind im Wesentlichen die noch nicht verbrauchten Abfindungszahlungen ausgeschiedener Mitglieder passiviert. Die Umlageanteile des Jahres 2017, die auf die ausgeschiedenen Mitglieder entfallen, sind dem Posten bereits entnommen.

F. Passive latente Steuern

€ 58.807,58 (Vj.: € 62.035,44)

Zum 31. Dezember 2017 errechnet sich eine künftige Steuerentlastung bei den Schadenrückstellungen, den Pensionsrückstellungen sowie dem Passiven Rechnungsabgrenzungsposten in Bezug auf unverbrauchte Abfindungszahlungen. Dieser Entlastung stehen jedoch höhere Steuerbelastungen aus den Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an Versicherungsnehmer gegenüber. Insgesamt ergibt sich zum Bilanzstichtag ein Passivüberhang i.H.v. € 58.807,58. Im Vergleich zum Vorjahr entspricht dies einer Verminderung um € 3.227,86, die in der Gewinn- und Verlustrechnung unter der Position II. 6 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag ausgewiesen wird. Der Berechnung liegt ein Steuersatz von 32 % zu Grunde.

Angaben zu einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung 2017

I. Versicherungstechnische Rechnung

	Bahnbetrieb		Kraftfahrbetrieb		Gesamt
	Haftpflicht €	Eigenschaden €	Haftpflicht €	Eigenschaden €	2017 €
Gebuchte Bruttobeiträge	1.447.101,64	2.955.467,92	2.411.136,73	1.542.403,81	8.356.110,10
Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	560.065,00	781.332,90	497.898,75	210.001,33	2.049.297,98
Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Verdiente Beiträge für eigene Rechnung	887.036,64	2.174.135,02	1.913.237,98	1.332.402,48	6.306.812,12
Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung:	1.001,00	433.462,00	8.178,00	0,00	442.641,00
Aufwendungen für Versicherungsfälle:					
Zahlungen für Versicherungsfälle -brutto- (einschl. Schadenregulierungsaufwendungen):	867.677,00	2.144.273,00	2.008.140,00	1.078.226,00	6.098.316,00
Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle -brutto- :	-812.106,00	190.119,00	-1.724.105,00	-146.276,00	-2.492.368,00
	55.571,00	2.334.392,00	284.035,00	931.950,00	3.605.948,00
Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb (nur Verwaltungsaufwendungen):	33.403,30	53.445,28	88.451,94	91.925,88	267.226,40
Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung:	719.366,00	0,00	862.597,00	146.276,00	1.728.239,00
Rückversicherungssaldo:					
Abgegebene Rückversicherungsbeiträge:	560.065,00	781.332,90	497.898,75	210.001,33	2.049.297,98
Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen:	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Zahlungen für Versicherungsfälle -rück- :	73.001,00	117.915,00	339.473,00	0,00	530.389,00
Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle -rück- :	93.741,00	243.343,00	869.686,00	0,00	1.206.770,00
	580.805,00	906.760,90	1.028.111,75	210.001,33	2.725.678,98
Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung:	58.957,34	94.331,74	156.119,04	162.250,60	471.658,72

Angaben zu einzelnen Posten der Gewinn- und Verlustrechnung 2016

I. Versicherungstechnische Rechnung

	Bahnbetrieb		Kraftfahrbetrieb		Gesamt
	Haftpflicht €	Eigenschaden €	Haftpflicht €	Eigenschaden €	2016 €
Gebuchte Bruttobeiträge	1.167.364,88	4.105.625,93	2.035.936,16	1.219.995,40	8.528.922,37
Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	491.254,00	765.333,00	580.337,00	210.000,00	2.046.924,00
Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Verdiente Beiträge für eigene Rechnung	<u>676.110,88</u>	<u>3.340.292,93</u>	<u>1.455.599,16</u>	<u>1.009.995,40</u>	<u>6.481.998,37</u>
Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung:	5.206.703,00	1.315.424,00	2.404.526,00	689.997,00	9.616.650,00
Aufwendungen für Versicherungsfälle:					
Zahlungen für Versicherungsfälle -brutto- (einschl. Schadenregulierungsaufwendungen):	639.933,00	5.415.008,00	1.467.020,00	826.324,00	8.348.285,00
Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle -brutto- :	5.293.919,00	-263.871,00	3.711.377,00	689.997,00	9.431.422,00
	<u>5.933.852,00</u>	<u>5.151.137,00</u>	<u>5.178.397,00</u>	<u>1.516.321,00</u>	<u>17.779.707,00</u>
Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb (nur Verwaltungsaufwendungen):	37.389,30	59.446,30	88.765,96	83.386,21	268.987,77
Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung:	943,00	0,00	8.964,00	0,00	9.907,00
Rückversicherungssaldo:					
Abgegebene Rückversicherungsbeiträge:	491.254,00	765.333,00	580.337,00	210.000,00	2.046.924,00
Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen:	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Zahlungen für Versicherungsfälle -rück- :	46.178,00	2.205.655,00	206.942,00	0,00	2.458.775,00
Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle -rück- :	-88.159,00	1.579.295,00	-1.315.815,00	0,00	175.321,00
	<u>356.917,00</u>	<u>138.973,00</u>	<u>-942.420,00</u>	<u>210.000,00</u>	<u>-236.530,00</u>
Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung:	44.966,58	71.493,63	106.755,20	100.285,19	323.500,60

Veränderung der Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle 2017

Rückstellungen für Vorjahres-Versicherungsfälle zu Beginn des Geschäftsjahres

	Bahnbetrieb		Kraftfahrbetrieb		Gesamt
	Haftpflicht	Eigenschaden	Haftpflicht	Eigenschaden	2017
	€	€	€	€	€
- brutto	14.766.518,00	13.360.753,00	14.511.246,00	1.352.879,00	43.991.396,00
- rück	1.631.130,00	899.703,00	6.704.234,00	0,00	9.235.067,00
- netto	13.135.388,00	12.461.050,00	7.807.012,00	1.352.879,00	34.756.329,00

Zahlungen im Geschäftsjahr für Vorjahres-Versicherungsfälle

	Bahnbetrieb		Kraftfahrbetrieb		Gesamt
	Haftpflicht	Eigenschaden	Haftpflicht	Eigenschaden	2017
	€	€	€	€	€
- brutto	803.242,00	2.008.265,00	1.586.507,00	658.438,00	5.056.452,00
- rück	73.001,00	117.915,00	339.473,00	0,00	530.389,00
- netto	730.241,00	1.890.350,00	1.247.034,00	658.438,00	4.526.063,00

Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Vorjahres-Versicherungsfälle am Ende des Geschäftsjahres

	Bahnbetrieb		Kraftfahrbetrieb		Gesamt
	Haftpflicht	Eigenschaden	Haftpflicht	Eigenschaden	2017
	€	€	€	€	€
- brutto	12.630.904,00	9.473.135,00	11.471.224,00	423.799,00	33.999.062,00
- rück	1.537.389,00	174.360,00	5.834.548,00	0,00	7.546.297,00
- netto	11.093.515,00	9.298.775,00	5.636.676,00	423.799,00	26.452.765,00

Abwicklungsergebnis

(- = Verlust)

	Bahnbetrieb		Kraftfahrbetrieb		Gesamt
	Haftpflicht	Eigenschaden	Haftpflicht	Eigenschaden	2017
	€	€	€	€	€
- brutto	1.332.372,00	1.879.353,00	1.453.515,00	270.642,00	4.935.882,00
- rück	20.740,00	607.428,00	530.213,00	0,00	1.158.381,00
- netto	1.311.632,00	1.271.925,00	923.302,00	270.642,00	3.777.501,00

In der Sparte Bahn Haftpflicht resultiert der Brutto-Abwicklungsgewinn im Wesentlichen aus den Schadenregulierungsaufwendungen, aus einem Schadenfall der „OHE Ostthannoversche Eisenbahnen AG“ infolge mittlerweile gesunkener Ansprüche sowie einem Schadenfall der „EVB Eisenbahnen und Verkehrsbetriebe Elbe-Weser GmbH“ aufgrund nunmehr feststehenden Eigenverschuldens der Geschädigten.

Der Brutto-Abwicklungsgewinn in der Sparte Eisenbahn Eigenschaden wurde im Wesentlichen durch sieben Versicherungsfälle mit Abwicklungsgewinnen von jeweils über 50 T€ bestimmt.

Der Brutto-Abwicklungsgewinn in der Sparte Kraftfahrbetrieb-Haftpflicht resultiert hauptsächlich aus den Jahren 2015 und 2016 sowie zusätzlich aus einem günstigen Prozessvergleich in einem 1994er Personengroßschaden.

Veränderung der Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle 2016

Rückstellungen für Vorjahres-Versicherungsfälle zu Beginn des Geschäftsjahres

	Bahnbetrieb		Kraftfahrbetrieb		Gesamt
	Haftpflicht	Eigenschaden	Haftpflicht	Eigenschaden	2016
	€	€	€	€	€
- brutto	9.472.599,00	13.624.624,00	10.799.869,00	662.882,00	34.559.974,00
- rück	1.542.971,00	2.478.998,00	5.388.419,00	0,00	9.410.388,00
- netto	7.929.628,00	11.145.626,00	5.411.450,00	662.882,00	25.149.586,00

Zahlungen im Geschäftsjahr für Vorjahres-Versicherungsfälle

	Bahnbetrieb		Kraftfahrbetrieb		Gesamt
	Haftpflicht	Eigenschaden	Haftpflicht	Eigenschaden	2016
	€	€	€	€	€
- brutto	554.881,00	5.173.494,00	1.052.656,00	313.357,00	7.094.388,00
- rück	46.178,00	2.205.655,00	206.942,00	0,00	2.458.775,00
- netto	508.703,00	2.967.839,00	845.714,00	313.357,00	4.635.613,00

Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Vorjahres-Versicherungsfälle am Ende des Geschäftsjahres

	Bahnbetrieb		Kraftfahrbetrieb		Gesamt
	Haftpflicht	Eigenschaden	Haftpflicht	Eigenschaden	2016
	€	€	€	€	€
- brutto	10.144.053,00	8.269.332,00	12.642.981,00	350.458,00	31.406.824,00
- rück	1.631.130,00	417.703,00	6.704.234,00	0,00	8.753.067,00
- netto	8.512.923,00	7.851.629,00	5.938.747,00	350.458,00	22.653.757,00

Abwicklungsergebnis

(- = Verlust)

	Bahnbetrieb		Kraftfahrbetrieb		Gesamt
	Haftpflicht	Eigenschaden	Haftpflicht	Eigenschaden	2016
	€	€	€	€	€
- brutto	-1.226.335,00	181.798,00	-2.895.768,00	-933,00	-3.941.238,00
- rück	-134.337,00	-144.360,00	-1.522.757,00	0,00	-1.801.454,00
- netto	-1.091.998,00	326.158,00	-1.373.011,00	-933,00	-2.139.784,00

In der Sparte „Bahnbetriebs-Haftpflicht“ wurde der Brutto-Abwicklungsverlust i.H.v. € 1.226.335,- zu einem großen Teil durch ein Unfallereignis der Harzer Schmalspurbahnen GmbH aus dem Jahr 2014 bestimmt, bei dem ein alkoholisierter Fahrgast während der Fahrt von einer Zugplattform gestürzt und dabei tödlich verletzt worden war. Die in diesem Fall drohende Möglichkeit eines vollumfänglich erfolgreichen Unterhaltsschadenregresses bedurfte vorsorglicher ergänzender Reservierung mit € 0,5 Mio.

Der Brutto-Abwicklungsverlust in der Sparte „Kraftfahrbetrieb-Haftpflicht“ i.H.v. € 2.895.768,- wurde zum großen Teil durch einen Busunfall der Bentheimer Eisenbahn AG verursacht. Ein KOM des Mitglieds war im Jahr 2013 auf einer Kreuzung mit einem vorfahrtberechtigten Motorradfahrer kollidiert. Die voraussichtlich zu erwartenden verletzungsbedingten Aufwendungen sind aufgrund verschlechterter medizinischer Prognose im Vergleich zum Vorjahr um rd. 0,8 Mio. € zu erhöhen gewesen.

Darüber hinaus trugen in beiden Haftpflicht-Sparten die gestiegenen Aufwendungen für die Renten-Deckungsrückstellung aufgrund des für die Berechnungen verwendeten, von 1,25 % auf 0,0 % herabgesetzten Rechnungszinses zu den jeweiligen Abwicklungsverlusten bei.

II. Nichtversicherungstechnische Rechnung

1. Erträge aus Kapitalanlagen

€ 56.361,17 (Vj.: € 72.231,31)

- a) Erträge aus anderen Kapitalanlagen
€ 47.131,17 (Vj.: € 70.036,31)
- b) Erträge aus Zuschreibungen
€ 9.230,- (Vj.: € 2.195,-)
- c) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen
€ 0,- (Vj.: € 0,-)

Die Erträge wurden erzielt durch Anlage der vorhandenen Eigenkapitalmittel sowie der erhaltenen Abfindungszahlungen von ausgeschiedenen Mitgliedern in festverzinsliche Wertpapiere und Wertrechte.

2. Aufwendungen für Kapitalanlagen

€ 28.535,83 (Vj.: € 39.684,40)

- a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen
€ 1.175,83 (Vj.: € 1.694,40)

Der Posten beinhaltet dem Verband in Rechnung gestellte Depotgebühren.

- b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen
€ 16.640,- (Vj.: € 33.070,-)

Der Betrag ergibt sich aus dem am Bilanzstichtag im Vergleich zum Buchwert jeweils niedrigeren Zeitwert von drei Inhaberschuldverschreibungen.

- c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen
€ 10.720,- (Vj.: € 4.920,-)

3. Sonstige Erträge

€ 202.832,06 (Vj.: € 268.767,29)

Hauptbestandteile des Postens sind Erträge aus der Einstellung einer Umlageforderung für zurückgestellte Jahresabschluss-Prüfungskosten, Aktuar-, Steuerberater- und sonstige Beratungskosten i.H.v. zusammen € 164.950,- (vgl. Erläuterungen zu Passivposten C II. auf Seite 20 des Berichts) sowie der Erhöhung der Umlageforderung wegen gestiegener Pensionsrückstellungen um € 28.066,-.

4. Sonstige Aufwendungen

€ 705.543,98 (Vj.: € 609.295,06)

Die Position gibt diejenigen Verwaltungsaufwendungen wieder, welche nicht bereits unter den übrigen Positionen erfasst worden sind:

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
a) Verminderung der Umlageforderung aus der Auflösung der sonstigen Rückstellungen	171.344,00	65.400,00
b) Zinszuführung zur Pensionsrückstellung	26.044,00	24.820,00
c) Abschluss- und AktuarKosten des Geschäftsjahres (davon € 50.000,00 zurückgestellt)	50.880,60	51.074,65
d) Prozess- und Beratungskosten	375.753,69	426.457,28
e) Verminderung der Forderungen an Versicherungsnehmer infolge aktivierter Rückdeckungsversicherung	4.015,00	20.459,00
f) Übrige Aufwendungen	<u>77.506,69</u>	<u>21.084,13</u>
Summe	<u>705.543,98</u>	<u>609.295,06</u>

Die im Geschäftsjahr im Vergleich zum Vorjahr höher ausgefallene Verminderung der Umlageforderung (Bst. a) resultiert aus der im Jahr 2016 im Vergleich zum Jahr 2015 entsprechend höher dotierten Sonstigen Rückstellungen.

Prozess- und Beratungskosten (Bst. d) sind gesunken, weil Teile der im Betrag für das Jahr 2016 noch enthaltenen Initialisierungskosten für die gemäß neuem Versicherungsaufsichtsrecht gegenüber der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht zusätzlich zu erstattenden quantitativen und qualitativen Berichte sowie für die Einrichtung der vier Schlüsselfunktionen „Compliance“, „Unabhängiges Risikocontrolling“, „Interne Revision“ und „Versicherungsmathematik“ im Berichtsjahr 2017 weggefallen sind.

Zum Anstieg der Übrigen Aufwendungen unter Bst. f haben im Wesentlichen Personalberatungskosten i.H.v. insgesamt € 37.877,89 aus Anlass der Suche eines Nachfolgers für das hauptamtliche Vorstandsmitglied beigetragen.

5. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit

€ -3.227,86 (Vj.: € 15.519,74)

6. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

€ -3.227,86 (Vj.: € 15.519,74)

Bei dem Betrag handelt es sich um passive latente Steuern (vgl. Seite 21, Position F, dieses Berichts).

7. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag

€ 0,- (Vj.: € 0,-)

8. Entnahmen aus der Kapitalrücklage

€ 0,- (Vj.: € 0,-)

9. Bilanzgewinn

€ 0,- (Vj.: € 0,-)

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personal-Aufwendungen

	Geschäftsjahr €	Vorjahr €
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	0,00	0,00
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	0,00	0,00
3. Löhne und Gehälter	622.904,34	597.050,34
4. Soziale Abgaben	96.629,38	92.357,00
5. Aufwendungen für die Altersversorgung	<u>30.549,24</u>	<u>91.544,50</u>
6. Aufwendungen insgesamt	<u><u>750.082,96</u></u>	<u><u>780.951,84</u></u>

Ursachen der Verminderung sind im Wesentlichen erhaltene Zahlungen aus der bei der Pensionskasse Deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen VVaG bestehenden Rückdeckungsversicherung für Pensionsverpflichtungen (vgl. Passivposten C.I) sowie eine geringere Erhöhung der Pensionsverpflichtungen als noch im Vorjahr.

Nachtragsbericht

Nach Abschluss des Geschäftsjahres waren keine Vorgänge oder Ereignisse zu verzeichnen, die die zukünftige Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des VVDE wesentlich beeinflussen.

Sonstige Angaben

Anzahl der mindestens einjährigen Versicherungsverträge mit Mitgliedern am Bilanzstichtag

	Geschäftsjahr Stück	Vorjahr Stück
Bahnbetriebs-Haftpflicht	69	74
Bahnbetriebs-Eigenschaden	<u>69</u>	<u>74</u>
Bahnbetrieb gesamt	138	148
Kraftfahrbetriebs-Haftpflicht	58	62
Kraftfahrbetriebs-Eigenschaden	<u>58</u>	<u>62</u>
Kraftfahrt gesamt	<u>116</u>	<u>124</u>
Insgesamt	<u><u>254</u></u>	<u><u>272</u></u>

Das vom Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar gem. § 285 Nr. 17 HGB setzt sich zusammen aus Abschlussprüfungsleistungen i.H.v. € 41.176,47, Steuerberatungsleistungen i.H.v. € 11.008,40.

Die Mitglieder des Vorstands – ausgenommen das hauptamtliche Vorstandsmitglied – erhalten jeweils außer einem Anwesenheitsgeld bei Sitzungen keine Vergütung. Die Anwesenheitsgelder der ehrenamtlichen Vorstandsmitglieder sowie die Vorstandsbezüge des im November 2017 ausgeschiedenen und des seit Dezember 2017 amtierenden hauptamtlichen Vorstandsmitglieds betragen im Geschäftsjahr zusammen € 142.445,22. Für die Versorgungszusage gegenüber dem ehemaligen hauptamtlichen Vorstandsmitglied sind € 641.550,- zurückgestellt. Der darauf entfallende Anspruch des Verbands aus der bei der Pensionskasse Deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen VVaG bestehenden Rückdeckungsversicherung beträgt € 407.632,-, infolgedessen sich die Netto-Leistungsverpflichtung auf € 233.918,- beläuft.

An die Witwe eines ehemaligen – im Jahr 2014 verstorbenen – hauptamtlichen Vorstandsmitglieds wurden im Geschäftsjahr Pensionszahlungen i.H.v. insgesamt € 15.416,58 geleistet, für die der Verband aus einer insoweit bestehenden Rückdeckungsversicherung mit der Pensionskasse Deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen VVaG Zahlungen i.H.v. € 4.771,08 erhalten hat, sodass die Nettobelastung des Verbands € 10.645,50 beträgt. Die Pensionsrückstellung für die Witwe des ehemaligen Vorstandsmitglieds beträgt per 31.12.2017 € 62.382,-.

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten jeweils außer einem Anwesenheitsgeld bei Sitzungen keine Vergütung. Die Anwesenheitsvergütungen betragen € 500,-.

Die Mitglieder der Organe sind auf den Seiten 2 und 3 benannt.

Der Verband beschäftigt regelmäßig sieben angestellte Arbeitnehmer/innen.

Der Jahresabschluss wird gemäß den gesetzlichen Vorschriften im „Bundesanzeiger“ veröffentlicht.

Köln, den 19. Februar 2018

VERSICHERUNGSVERBAND DEUTSCHER EISENBAHNEN
Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit

Der Vorstand

S a l z m a n n

H e r g e s

D r. H e i n

H u b e r

L e o n h a r d t

W a g e n e r

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An den Versicherungsverband Deutscher Eisenbahnen Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, Köln

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss des Versicherungsverband Deutscher Eisenbahnen Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, Köln, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Versicherungsverband Deutscher Eisenbahnen Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Verbandes zum 31. Dezember 2017 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Verbandes. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für unsere Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Art. 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Art. 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Bewertung der in der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle im selbst abgeschlossenen Schaden-/Unfall-Versicherungsgeschäft enthaltenen Teilschadenrückstellungen für bekannte und unbekanntes Versicherungsfälle

Hinsichtlich der Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze verweisen wir auf die Erläuterungen im Anhang der Gesellschaft auf Seite 13 und 14.

DAS RISIKO FÜR DEN ABSCHLUSS

Die Brutto-Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle betragen EUR 41,5 Mio. Dies sind 86,0 % der Bilanzsumme.

Die Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle teilt sich in verschiedene Teilschadenrückstellungen. Die Rückstellung für bekannte und unbekanntes Versicherungsfälle betrifft einen wesentlichen Teil der Brutto-Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle.

Die Bewertung der Rückstellung für bekannte und unbekanntes Versicherungsfälle unterliegt Unsicherheiten hinsichtlich der voraussichtlichen Schadenhöhe und ist daher stark ermessensbehaftet. Die Schätzung darf nach handelsrechtlichen Grundsätzen nicht risikoneutral im Sinne einer Gleichgewichtung von Chancen und Risiken durchgeführt werden, sondern sie hat unter Beachtung des bilanzrechtlichen Vorsichtsprinzips (§ 341e Abs. 1 Satz 1 HGB) zu erfolgen.

Die Rückstellungen für bekannte Versicherungsfälle werden nach dem voraussichtlichen Aufwand für jeden einzelnen Schadenfall geschätzt. Für noch nicht bekannte Schadenfälle werden Spätschadenrückstellungen gebildet, die überwiegend nach Erfahrungssätzen berechnet wurden; dabei kommen anerkannte versicherungsmathematische Verfahren zur Anwendung.

Das Risiko besteht bei den zum Bilanzstichtag bereits bekannten Schadenfällen darin, dass die noch ausstehenden Schadenzahlungen nicht in ausreichender Höhe zurückgestellt sind. Bei den bereits eingetretenen, jedoch noch nicht gemeldeten Schadenfällen (unbekanntes Spätschäden) besteht daneben das Risiko, dass diese nicht berücksichtigt werden.

UNSERE VORGEHENSWEISE IN DER PRÜFUNG

Bei der Prüfung der Rückstellung für bekannte und unbekanntes Versicherungsfälle haben wir eigene Aktuarien eingesetzt und im Wesentlichen folgende Prüfungshandlungen durchgeführt:

- Wir haben den Prozess zur Ermittlung der Rückstellungen aufgenommen, wesentliche Kontrollen identifiziert und diese auf ihre Angemessenheit und Wirksamkeit hin getestet. Wir haben uns davon überzeugt, dass die Kontrollen mit der zeitnahe Erfassung und Bearbeitung von Versicherungsfällen und somit die korrekte Bewertung sichergestellt werden soll, sachgerecht aufgebaut sind und wirksam durchgeführt werden.
- Auf Basis einer bewussten Auswahl haben wir die Höhe einzelner, bekannter Schadenrückstellungen anhand der Aktenlage für verschiedene Versicherungszweige und -arten nachvollzogen.

- Wir haben die Berechnung des Verbandes zur Ermittlung der unbekanntem Spätschäden geprüft. Dabei haben wir insbesondere die Herleitung der geschätzten Anzahl und deren Höhe auf der Grundlage historischer Erfahrungen und aktueller Entwicklungen beurteilt.
- Wir haben eigene aktuarielle Reserveberechnungen für wesentliche Segmente durchgeführt, die wir auf Basis von Risikoüberlegungen ausgewählt haben. Hierbei haben wir jeweils eine Punktschätzung sowie eine angemessene Bandbreite mithilfe von statistischen Wahrscheinlichkeiten bestimmt und diese mit den Berechnungen des Verbandes verglichen.
- Die tatsächliche Entwicklung der im Vorjahr gebuchten Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle haben wir anhand der Abwicklungsergebnisse analysiert.
- Anhand eines Zeitreihenvergleichs insbesondere von Schadenstückzahlen, Schadenhäufigkeiten, durchschnittliche Schadenhöhen und Abwicklungsgeschwindigkeiten sowie der Geschäftsjahres- und bilanziellen Schadenquoten haben wir die Entwicklung der Schadenrückstellung analysiert.

UNSERE SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die verwendeten Methoden sowie die zugrunde liegenden Annahmen zu Bewertung der Rückstellung für bekannte und unbekanntem Versicherungsfälle sind angemessen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Versicherungsunternehmen geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Verbandes vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Verbandes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Verbandes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Verbandes zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist,

und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Verbandes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme des Verbandes abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Verbandes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Verband ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Verbandes vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender und geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Übrige Angaben gemäß Art. 10 EU-APrVO

Wir wurden in der Aufsichtsratssitzung am 23. März 2017 als Abschlussprüfer gewählt. Wir sind ununterbrochen seit über 30 Jahren als Abschlussprüfer des Versicherungsverband Deutscher Eisenbahnen Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, Köln, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Aufsichtsrat nach Art. 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Roland Hansen.

Köln, den 5. März 2018
KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Hansen
Wirtschaftsprüfer

gez. Fleischerowitz
Wirtschaftsprüfer

Übersicht I

Im Geschäftsjahr 2017 gezahlte Unfallentschädigungen in der Bahnbetriebsversicherung, verteilt auf die entsprechenden Schadenanfalljahre

Auf die im Geschäftsjahr eingereichten 208 (Vj.: 217 erstattungsfähigen Schadenabrechnungen) wurden – verteilt auf die jeweiligen Schadenanfalljahre – folgende Versicherungsleistungen erbracht:

Jahr	Haftpflicht €	Eigenschaden €	Gesamt €
1943	55,00	0,00	55,00
1948	8.208,00	0,00	8.208,00
1957	4.641,00	0,00	4.641,00
1966	32.362,00	0,00	32.362,00
1967	36.132,00	0,00	36.132,00
1968	2.970,00	0,00	2.970,00
1972	663,00	0,00	663,00
1984	13.158,00	0,00	13.158,00
1986	339,00	0,00	339,00
1991	22.489,00	0,00	22.489,00
1994	52.633,00	0,00	52.633,00
1996	5.997,00	0,00	5.997,00
2000	20.049,00	0,00	20.049,00
2002	26.508,00	0,00	26.508,00
2003	8.027,00	0,00	8.027,00
2005	85.541,00	0,00	85.541,00
2010	811,00	0,00	811,00
2011	3.104,00	118.798,00	121.902,00
2012	1.475,00	16.424,00	17.899,00
2013	18.643,00	217.046,00	235.689,00
2014	168.503,00	292.266,00	460.769,00
2015	210.708,00	914.806,00	1.125.514,00
2016	46.805,00	381.328,00	428.133,00
2017	2.642,00	67.045,00	69.687,00
Gesamt	<u>772.463,00</u>	<u>2.007.713,00</u>	<u>2.780.176,00</u>

Übersicht II

Im Geschäftsjahr 2017 gezahlte Unfallentschädigungen in der Kraftfahrbetriebsversicherung, verteilt auf die entsprechenden Schadenanfalljahre

Auf die im Geschäftsjahr eingereichten 423 (Vj.: 322) erstattungsfähigen Schadenabrechnungen wurden – verteilt auf die jeweiligen Schadenanfalljahre – folgende Versicherungsleistungen erbracht:

Jahr	Haftpflicht €	Eigenschaden €	Gesamt €
1972	2.392,00	0,00	2.392,00
1979	8.518,00	0,00	8.518,00
1987	2.000,00	0,00	2.000,00
1989	626,00	0,00	626,00
1990	6.214,00	0,00	6.214,00
1991	1.676,00	0,00	1.676,00
1994	271.624,00	0,00	271.624,00
1995	45.000,00	0,00	45.000,00
1996	365.768,00	0,00	365.768,00
1997	1.146,00	0,00	1.146,00
2001	25.000,00	0,00	25.000,00
2003	172.276,00	0,00	172.276,00
2004	3.640,00	0,00	3.640,00
2006	11.263,00	0,00	11.263,00
2009	0,00	3.627,00	3.627,00
2010	5.725,00	10.420,00	16.145,00
2011	0,00	435,00	435,00
2012	27.332,00	0,00	27.332,00
2013	51.041,00	16.759,00	67.800,00
2014	18.823,00	6.914,00	25.737,00
2015	81.937,00	74.310,00	156.247,00
2016	398.850,00	464.938,00	863.788,00
2017	281.283,00	265.940,00	547.223,00
Gesamt	<u>1.782.134,00</u>	<u>843.343,00</u>	<u>2.625.477,00</u>

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat hat während des Geschäftsjahres 2017 die Geschäftsführung des Vorstands auf Grund schriftlicher und mündlicher Berichterstattung laufend überprüft und sich in mehreren Sitzungen über die geschäftliche Entwicklung, die Geschäftspolitik und die Lage des Versicherungsvereins unterrichten lassen.

Die Buchführung, der Jahresabschluss und der Lagebericht des Vorstands sind von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Köln, geprüft worden. Der Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat dem Aufsichtsrat vorgelegen. Nach dem abschließenden Ergebnis hat die Prüfung keine Beanstandungen ergeben.

Der Aufsichtsrat billigt den Jahresabschluss gemäß § 42 Absatz 3 der Satzung.

Er ist damit festgestellt.

Fulda, den 19. März 2018